



## BILDUNG STELLT DIE WEICHEN FÜR ZUKUNFT

Schulen ohne Laptops, Tablets und WLAN, alte Schulgebäude mit kaputten Toiletten und Turnhallen, fehlende Lehrer\*innen, zu wenig Förderung von benachteiligten Kindern – die Corona-Krise legt die Schwachstellen unseres Bildungssystems schonungslos offen. Dabei steht unsere Gesellschaft nicht erst seit der Pandemie vor großen Herausforderungen: Fast zwei Jahrzehnte nach dem „PISA-Schock“ hat sich die soziale Spaltung zementiert. Zwar haben immer mehr Jugendliche höhere Bildungsabschlüsse, und immer mehr junge Frauen und Männer beginnen ein Studium oder bilden sich weiter. Doch auf der anderen Seite bleibt ein hoher Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss oder abgeschlossene Ausbildung. Es zerreißt unsere Gesellschaft, wenn Betriebe lautstark über Fachkräftemangel klagen, aber viele Jugendliche den Einstieg in Ausbildung und Arbeit nicht schaffen. Deshalb ist es höchste Zeit für eine neue Bildungspolitik.

Die vermeintliche „Bildungsrepublik Deutschland“ bleibt ein sozial gespaltenes Land. Gut jede\*r fünfte 15-Jährige kann nicht angemessen lesen und schreiben. Ein Kind aus einer Akademikerfamilie hat selbst bei gleicher Leistung eine 3,5-fach höhere Chance, das Gymnasium zu besuchen, als ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Der Anteil der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, steigt seit 2013 wieder an. Rund 1,4 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Sie befinden sich weder in einer Ausbildung, einem Studium, einem Freiwilligendienst noch in einer sonstigen Bildungsmaßnahme. Ein Leben in prekärer Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit droht für viele von ihnen.

Ein wichtiger Grund für diesen Zustand: Bund und Länder investieren zu wenig ins Bildungssystem. 2008 hat die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsident\*innen der Bundesländer vereinbart, pro Jahr 10 Prozent des BIP in Bildung und Forschung zu investieren. Gemessen an dieser Vereinbarung investieren Bund, Länder und Kommunen jedoch 23 Milliarden Euro zu wenig ins Bildungssystem – pro Jahr. Das hat gravierende Folgen: Personalnot an Kitas und Schulen, mangelnde Ausstattung für inklusives Lernen oder die Integration geflüchteter Kinder. Wenn Knappheit herrscht oder ein System nicht funktioniert, trifft es die sozial Benachteiligten am härtesten.

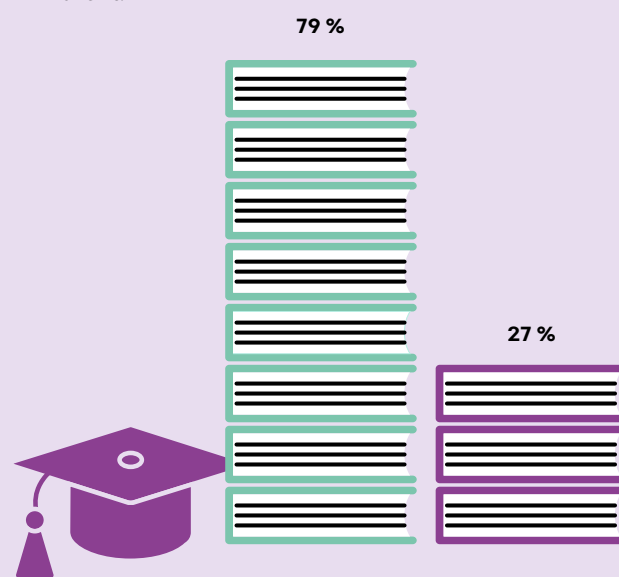
### Förderung von Anfang an

Die frühkindliche Bildung legt den Grundstein für den späteren Bildungserfolg. Gute Kindertageseinrichtungen fördern die Entwicklung von Kindern und sichern gleiche Chancen für alle. Sie helfen Eltern dabei, Kindererziehung und Berufsleben zu vereinbaren und sind entscheidend, um Frauen den Wiedereinstieg ins Berufsleben nach der Elternzeit zu ermöglichen. Sie leisten außerdem einen wesentlichen Beitrag dazu, dass Frauen dauerhaft arbeiten und ihre finanzielle Existenz selbst absichern können. Doch noch immer ist die Nachfrage nach Plätzen höher als das Angebot. Außerdem gibt es viel zu wenig

Personal in den Kitas. Schon heute fehlen etwa 100.000 Erzieher\*innen in Vollzeit, bis 2025 werden es bis zu 300.000 Erzieher\*innen sein! Gleichzeitig wachsen die Anforderungen von Politik und Eltern an die Kitas. Daher muss es jetzt darum gehen, die Kitas besser auszustatten und in die Qualität der Betreuung zu investieren. Erzieher\*innen brauchen höhere Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen.

### Abb. 1: Bildungschancen für alle? Weit gefehlt!

79 Prozent der Kinder aus Akademiker-Familien studieren. Aus Familien ohne akademischen Hintergrund sind es nur 27 Prozent.



Quelle: DZHW

## Ganztagsbetreuung in den Grundschulen

Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter haben Bund und Länder einen wichtigen Schritt getan. Täglich zeigt uns die Pandemie, dass es vielen Kindern schlecht geht, wenn Bildung, Betreuung und Kontakte nicht mehr oder nur eingeschränkt stattfinden. Die Ganztagsförderung ist zugleich ein wichtiger Baustein für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Gleichberechtigung von Vätern und Müttern.

Gute Ganztagsangebote fördern ferner die Bildungschancen von Kindern und geben Zeit für die Entwicklung ihrer persönlichen und sozialen Kompetenzen. Insbesondere bildungsbenachteiligte Kinder profitieren davon. Entscheidend für ein gutes Angebot sind qualifizierte und ausreichend Fachkräfte sowie gute pädagogische Konzepte. Guter „Ganztags“ braucht multiprofessionelle Teams, damit Chancengleichheit und Inklusion realisiert werden können.

## Schule digitalisieren

Nie zuvor mussten Lernformen und Lernformate so schnell umgestellt, musste so schnell in die digitale Ausstattung von Schulen investiert werden. Doch der digitale Ausbau geht nur schleppend voran. Dabei ist klar, dass digitale Medien und moderne Lernformate längst zum Standard in Bildungseinrichtungen gehören müssten. Die Förderung der Medienkompetenz von Jugendlichen, wozu in Zeiten von „Fake News“ auch der Umgang mit Informationen aus dem Netz und Datenschutz gehören, sowie die Vermittlung von Kompetenzen für das digitale Lernen und Arbeiten werden wichtige Bildungsaufgaben bleiben. Dabei müssen geschlechtsspezifische Unterschiede berücksichtigt werden, denn Jungen und Mädchen nutzen digitale Medien unterschiedlich.

## Ausbildung garantieren

Die Corona-Pandemie hat den Ausbildungsmarkt hart getroffen. Erstmals seit der Deutschen Einheit hat die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2020 die 500.000er-Marke deutlich unterschritten. Auch in diesem Jahr ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen. Dabei trifft die Krise auf einen ohnehin angespannten Ausbildungsmarkt. Die Ausbildungschancen von Jugendlichen hängen stark von ihrem Schulabschluss, dem Pass ihrer Eltern und ihrem Wohnort ab. Wer keine Ausbildung hat, wird Kurzfrist-Jobs mit schlechter Bezahlung und miesen Arbeitsbedingungen annehmen müssen oder immer wieder über lange Zeiten arbeitslos sein. Es ist deshalb wichtig, dass wieder mehr Betriebe ausbilden und alle Jugendlichen wirklich die Chance auf einen Ausbildungsplatz bekommen. Bei schulischen Ausbildungen muss das Schulgeld abgeschafft werden.

## Situation an den Hochschulen

Die Corona-Pandemie hat auch die Hochschulen erfasst. Viele Studierende leiden unter der Vereinzelung. Die psychologischen Beratungsstellen der Hochschulen berichten, dass der Beratungsbedarf stark gestiegen ist. Etwa zwei von drei Studierenden jobben normalerweise, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Viele dieser Jobs sind pandemiebedingt weggefallen. Trotzdem erreicht die staatliche Studienfinanzierung (BAföG) aufgrund von Altersgrenzen, zu spätem Studienfachwechsel oder einem nicht zuletzt jobbedingten Überschreiten der Regelstudienzeit viele Förderungsbedürftige nicht. 1972, ein Jahr nach seiner Einführung, wurden rund 45 Prozent der Studierenden mit einem

Vollzuschuss gefördert. Heute erhalten nur noch 11 Prozent der Studierenden BAföG als Teilzuschuss.

Für diejenigen, die in der Wissenschaft arbeiten, ist eine befristete Beschäftigung fast die Regel. Sie betrifft 92 Prozent des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Hochschulen unter 45 Jahren (ohne Professor\*innen).

## Weiterbildung muss drin sein

Die Digitalisierung von Arbeitsprozessen schreitet weiter fort. Betriebliche Qualifizierung und berufliche Weiterbildung sind ein zentraler Schlüssel zur Bewältigung dieses Strukturwandels. Seit Jahren wird die Notwendigkeit „lebenslangen Lernens“ betont, um berufliche Perspektiven zu entwickeln. Bis heute werden jedoch zu wenig Weiterbildungsangebote gemacht oder angenommen. Beschäftigte brauchen daher einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen, um Beratung, Zeit und finanzielle Ressourcen für Weiterbildung zu erhalten.

## Für eine gute Bildungsstrategie auch im Föderalismus

Eine gute Bildungspolitik ist entscheidend für die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie darf deshalb nicht einem föderalen Klein-Klein und Gegeneinander überlassen werden. Bund, Länder und Kommunen müssen zusammen mit den Sozialpartnern und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft eine gesellschaftliche Bildungsstrategie für Chancengleichheit entwickeln und umsetzen. Diesen Herausforderungen muss eine künftige Bundesregierung gerecht werden.

### DER DGB FORDERT:

- Mehr und dauerhafte Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen in Bildung und Wissenschaft, auch in digitale Ausstattung
- Bundesqualitätsgesetz für Kitas fortführen
- Ausbau guter Ganztagschulen
- Gemeinsame Fachkräfteoffensive von Bund und Ländern für pädagogisches und sozialpädagogisches Personal und bessere Arbeitsbedingungen für das Personal in Bildung und Wissenschaft
- Ausbildungsgarantie, die Jugendlichen den Übergang von der Schule in den Beruf öffnet
- Neustart für das BAföG: Vor allem müssen Elternfreibeträge und Bedarfssätze erhöht und in Zukunft regelmäßig und automatisch angepasst werden
- Die soziale Infrastruktur an Hochschulen (Mensen und Wohnmöglichkeiten für Studierende) muss ausgebaut werden
- Verlässlicher gesetzlicher Rahmen für Weiterbildung
- Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam mit den Sozialpartnern eine Bildungsstrategie für Chancengleichheit entwickeln